

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Schuldenreport 2023

2022 haben in den Schuldenberatungen 10 % mehr Erstkontakte stattgefunden als im Jahr davor. Die durchschnittliche Überschuldung der Klienten lag bei 61.430 Euro. Das zeigt der Schuldenreport 2023. Menschen, die in die Schuldenberatung kommen, haben monatlich durchschnittlich 1.400 Euro zur Verfügung. Bei fast der Hälfte ist die Pflichtschule die höchste abgeschlossene Ausbildung. Das Risiko, dass Menschen in Österreich von Überschuldung und Armut betroffen sind, steigt durch die Teuerungen. Schuldenberatungen hatten Anfang 2023 eine Verdoppelung der Erstberatungen im Vergleich zu Anfang 2022. Offiziell gelten 15 % der österreichischen Bevölkerung als armutsgefährdet. Zieht man die Referenzbudgets der Schuldnerberatung als Grundlage heran, sind es mehr als 20 % – das ist jede 5. Person in Österreich (Berechnung der Statistik Austria im Auftrag der Arbeiterkammer Wien).

„Wohnen, Energie, Lebensmittel – dafür wenden Menschen mit geringen Einkommen den Großteil ihres Haushaltseinkommens auf. Doch gerade in diesen Bereichen sind die Preise besonders stark gestiegen. In der aktuellen Situation ist es besonders wichtig, Beratungen für Menschen in finanzieller Not anzubieten.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für verbesserte Schuldnerberatung aus und ersucht den Bürgermeister, den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz sowie den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport dafür Sorge zu tragen, dass

1. der Wiener Schuldnerberatung eigens auf die Probleme der Jugendverschuldung spezialisierte und in der Betreuung Jugendlicher geschulte Berater ausreichend zur Verfügung stehen,

2. der Wiener Schuldnerberatung neben den Finanzmitteln seitens des Bundesministeriums auch Förderungen seitens der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und mehr dezentrale Anlaufstellen geschaffen werden und
3. die Möglichkeit geschaffen wird, Überbrückungskredite für schuldlos in Not gekommene Menschen seitens der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

